

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 16/100 –**

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union (AU) in Darfur/Sudan auf Grundlage der Resolutionen 1556(2004) und 1564(2004) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 30. Juli 2004 und 18. September 2004

A. Problem

Der Konflikt in Darfur im Westen des Sudans hat zu einer der größten humanitären und menschenrechtlichen Krisen weltweit geführt, der trotz erster Erfolge der AU-Mission nach wie vor andauert. Die VN-mandatierte internationale Untersuchungskommission hat Ende Januar 2005 in ihrem Bericht festgestellt, dass die sudanesisische Regierung und die mit ihr verbündeten Janjaweed-Milizen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlich sind. Den Darfur-Rebellengruppierungen SLM/A und JEM werden Kriegsverbrechen zur Last gelegt. Der Bericht macht zudem deutlich, dass das Vorgehen der sudanesischen Armee und der Janjaweed-Milizen nur in sehr geringem Maße der Bekämpfung der in Darfur seit Februar 2003 gegen die sudanesisische Regierung kämpfenden Rebellenbewegungen SLM/A und JEM diene, sondern hauptsächlich die Terrorisierung der schwarzafrikanischen Zivilbevölkerung zum Ziel hatte.

Ziel der Mission der AU ist es, durch eine deutlich erhöhte Präsenz von Beobachtern die Einhaltung eines Waffenstillstands zwischen den Konfliktparteien zu überwachen, zur Stabilisierung der Lage beizutragen sowie humanitäre Hilfsleistungen zu ermöglichen. Zudem hat die Mission den Auftrag, Zivilbevölkerung zu schützen, die in unmittelbarer Bedrohung angetroffen wird. Die Bundesregierung hat auf der Grundlage ihres Beschlusses vom 17. November 2004, dem der Deutsche Bundestag am 3. Dezember 2004 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/4227), mit dem Transport von Soldaten im Dezember 2004 und Zivilpolizisten im Oktober 2005 einen wichtigen Beitrag zum schnellen Aufwuchs und damit zur Funktionsfähigkeit von AMIS geleistet. Im Rahmen der EU werden seit Oktober 2004 auch deutsche Offiziere zur Beratung der AU in ihrem Hauptquartier in Addis Abeba eingesetzt. Die Bundesregierung hat AMIS zudem mit bilateralen finanziellen Beiträgen in Höhe von drei Mio. Euro unterstützt und darüber hinaus technisches Gerät zur Verfügung gestellt. Die Bundesregierung hat am 29. November 2005 beschlossen, den Einsatz bewaff-

neter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union (AU) in Darfur/Sudan für weitere sechs Monate bis zum 2. Juni 2006 fortzusetzen. Die Rahmenbedingungen haben sich nicht geändert. Der Einsatz wird ohne inhaltliche Änderungen und unter unveränderter Fortgeltung der Regelungen und des Beschlusses der Bundesregierung vom 17. November 2004, dem der Deutsche Bundestag am 3. November 2004 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/4227) und vom 4. Mai 2005, dem der Deutsche Bundestag mit Wirkung vom 12. Mai 2005 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/5423), fortgesetzt.

Gegenüber dem von der Bundesregierung gewählten vereinfachten Zustimmungsverfahren hatten die Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 4 Abs. 1 Satz 4 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes eine Befassung des Deutschen Bundestages verlangt.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/100 anzunehmen.

Berlin, den 15. Dezember 2005

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Anke Eymer (Lübeck)
Berichterstatterin

Brunhilde Irber
Berichterstatterin

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

**Bericht der Abgeordneten Anke Eymer (Lübeck), Brunhilde Irber,
Dr. Werner Hoyer, Dr. Norman Paech und Marieluise Beck (Bremen)****I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 16/100 in seiner 7. Sitzung am 14. Dezember 2005 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, an den Verteidigungsausschuss, an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung sowie an den Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO-BT überwiesen.

II.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 14. Dezember 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Stimme der Fraktion DIE LINKE. bei einer Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 15. Dezember 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 15. Dezember 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 15. Dezember 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 14. Dezember 2005 beraten. Er empfiehlt in seiner 3. Sitzung am 15. Dezember 2005 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Berlin, den 15. Dezember 2005

Anke Eymer (Lübeck)
Berichterstatlerin

Brunhilde Irber
Berichterstatlerin

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatler

Dr. Norman Paech
Berichterstatler

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatlerin